



Für 11.000 Zahnärzte der Regionen Berlin, Brandenburg und Bremen ist die eigene Altersvorsorge zur Katastrophe geworden. Denn seit Herbst letzten Jahres steht fest: Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin (VZB) ist mit seinen Einzahlungen unverantwortlich umgegangen, hat damit schräge Investitionen getätigt und so die Anlagen in hohe Verluste gefahren. In einem aktuellen Interview auf ZWP online äußerte sich der neue Vorsitzende des Verwaltungsausschusses des VZB, Thomas Schieritz, zum Skandal: „Ein Versorgungswerk sollte und durfte sein Geld so nicht anlegen. Die Investitionen der Vergangenheit widersprachen häufig sowohl den VZB-Richtlinien als auch dem Landes- und Bundesrecht. Sie waren also schon formal unzulässig, darüber hinaus aber auch höchst unvernünftig. Zudem kam es offenbar auch zu massiven Interessenkonflikten. Derzeit laufen strafrechtliche Ermittlungen unter anderem wegen des Verdachts der Untreue und der besonders schweren Korruption. Statt das Geld sinnvoll breit gestreut und liquide anzulegen, flossen ab 2013 hohe Summen in einzelne Firmen und spezielle Immobilienprojekte. Außerdem hat das Versorgungswerk viele Kredite

vergeben – oft ohne genügend Zinsen zu verlangen und ohne die Sicherheiten einzufordern, die nötig wären. Die meisten der Investments waren von Anfang an derart konstruiert, dass sie nie eine realistische Chance hatten, jemals Rendite abzuwerfen.“ Noch sind die Verluste nicht in ihrer Gesamtheit abzuschätzen, das abschließende Ergebnis wird, so Schieritz, „voraussichtlich im ersten Quartal 2026 vorliegen.“

Aktuelle Entwicklungen:

- Die neue VZB-Führung wirft der früheren Leitung, der ApoBank, den Wirtschaftsprüfern und der Berliner Senatsverwaltung Versäumnisse und Rechtsverstöße vor.
- Anders als in den Medien gemeldet, resultiert die aktuelle Erhöhung der Pflichtbeiträge der VZB-Mitglieder aus der allgemeinen Anpassung der Beitragsbemessungsgrenze auf Bundesebene und steht in keinem Zusammenhang mit dem Skandal.
- Das VZB hat beim Berliner Kammergericht einen Antrag auf Festlegung des Gerichtsstands gestellt, um in einem umfangreichen Verfahren Schadensersatzansprüche gegen mehrere Beklagte klären zu lassen.

Quelle: ZWP online

Expertenkommentar

Autor: Prof. Dr. Sebastian Geissel

Der Fall des Versorgungswerks der Zahnärztekammer Berlin wird derzeit intensiv diskutiert. Dabei steht verständlicherweise die Besorgnis um die Altersvorsorge im Mittelpunkt. Für eine sachliche Einordnung hilft es jedoch, den Blick über den Einzelfall hinaus zu richten und typische Strukturen institutioneller Kapitalanlagen zu betrachten.

Berufsständische Versorgungswerke sind Pflichtsysteme mit einem sehr langen Planungshorizont. Ihre Mitglieder erwarten zu Recht keine maximale Rendite, sondern eine hohe Robustheit der Kapitalanlage gegenüber Krisen und Liquiditätsengpässen. Dieser Sicherungsauftrag prägt den Maßstab, an dem Anlagestrategien zu messen sind. Größere Verluste entstehen in solchen Systemen meist nicht



Hier gehts zum kompletten Interview mit
Thomas Schieritz auf ZWP online.

ZWP ONLINE

durch eine einzelne Entscheidung. Häufig bauen sich Risiken über Jahre hinweg schrittweise auf und werden erst später sichtbar.

Institutionelle Investoren legen der Kapitalanlage in der Regel eine strategische Asset-Allokation (SAA) zugrunde, die zum Ziel hat, dass Renditeerwartungen und Risiken in einem ausgewogenen Verhältnis stehen und dauerhaft tragfähig sind. Neben klassischen Anlageklassen kann es durchaus sinnvoll sein, dass eine solche SAA auch sogenannte alternative Anlagen umfasst. Im Fall des VZB zeichnen einige Medienberichte allerdings das Bild, dass über Jahre stärker in unternehmerische Direktbeteiligungen, projektbezogene Immobilienengagements und andere schwer bewertbare Sonderstrukturen investiert wurde, als es viele Mitglieder eines Pflichtsystems erwarten würden.

Alternative Anlagen gehen typischerweise mit eingeschränkter Liquidität und höherer Bewertungsunsicherheit einher. In ruhigen Marktphasen fällt dies kaum auf. In angespannten Marktphasen können sich diese Eigenschaften jedoch gleichzeitig auswirken: Bewertungen müssen angepasst werden, Verkaufsmöglichkeiten fehlen und Risiken treten gebündelt zutage.

Ob solche Entwicklungen beherrschbar bleiben, hängt wesentlich davon ab, wie klar Risiken definiert, gesteuert und kontrolliert werden. Schwierigkeiten entstehen häufig dort, wo zwar Renditeziele formuliert sind, aber nicht ausreichend klar ist, welche Risiken dauerhaft tragbar sind oder wo strategische Vorgaben, operative Umsetzung und unabhängige Kontrolle nicht klar voneinander getrennt sind. Formale Regulierung kann hier unterstützen, aber eine eigenständige und kontinuierliche Risikosteuerung nicht ersetzen.

Der Fall VZB sollte nicht zum Anlass genommen werden, berufsständische Versorgungswerke generell zu kritisieren. Dafür ist die Konstellation zu speziell. Vielmehr kann er als Anlass verstanden werden, die strategische Asset-Allokation konsequent vom Sicherungszweck eines Pflichtsystems her zu denken und Risiken klar zu definieren, aktiv zu steuern und unabhängig zu kontrollieren. ■

Autorenhinweis: Prof. Dr. Sebastian Geissel ist Professor für Finanzierung an der Hochschule Trier und Co-Founder der Combin Tech GmbH.

ANZEIGE

Bock auf moderne Praxissoftware?

teemer



Langjährige Erfahrung im Bereich Cloud Computing



Vernetzt, mobil und mit Windows sowie macOS nutzbar



Zertifizierte Verschlüsselung, georedundant in Deutschland gespeichert



Multifunktional und mit intelligenten Apps für iPhone und iPad



Modernes, prozessorientiertes Interface



QR-Code scannen und teemer kennenlernen.
www.teemer.de/demo

